



Annemarie Probst, Gemeinde- und Kreisrätin,
Bündnis 90/Die Grünen

Meine Arbeit im Gemeinderat:

Im Marktgemeinderat gehöre ich dem Planungs- und Werkausschuss an. Umbau und Erweiterung der Sport- und Ballspielhalle, Neugestaltung Schlosspark Meitingen, Sanierung der öffentlichen Wasserversorgung, Sanierung des Sportheims des TSV Meitingen, Gemeindestraßenausbau, Verkehrsangelegenheiten und Bauanträge. All das sind Themen im Planungsausschuss.

Im November 2014 habe ich als Vertreterin für Bündnis 90/Die Grünen im Marktrat einen **Antrag zur Installation eines Behindertenbeirats im Markt Meitingen** gestellt.

Bereits 2013 hatte der Kreistag des Landkreises Augsburg zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung die Erarbeitung eines kommunalen Aktionsplans Inklusion beschlossen. Durch meine Wahl zur Kreisrätin

gehörte ich der Steuerungsgruppe an und war somit mit den Themen betraut. Im Rahmen des kommunalen Aktionsplans Inklusion wird den Gemeinden empfohlen eine örtliche Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung zu installieren. Meiner eigenen Überzeugung folgend und die Notwendigkeit den Menschen, die nicht immer auf der Sonnenseite des Lebens stehen, Wertschätzung entgegenzubringen hat mich dazu bewogen diesen Antrag zu stellen. Der Antrag fand ein offenes Ohr und die absolute Zustimmung aller Fraktionen. Gemeinsam mit Fachleuten und Betroffenen wird ein Konzept erarbeitet, um eine effektive Hilfe für Menschen mit Behinderung aufzubauen. Angesiedelt im Seniorenbüro, wird es eine neue Stelle geben, die vom Arbeiter Samariter Bund (ASB) besetzt wird. Das Wichtigste sei dabei, da waren sich alle einig, dass die Betroffenen einbezogen werden.

Im Rahmen einer Marktgemeinderatssitzung kam von mir die Anregung für die Bücherei **Bücher in „Leichter Sprache“** anzuschaffen. Es ist sicher nicht nur für die Menschen mit Behinderung aus den Wohngruppen in Meitingen ein Gewinn.

Leichte Sprache - was ist das?

Nach dem Vertrag der Vereinten Nationen für Menschen mit Behinderung ist Leichte Sprache ein Baustein für die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben. Die Vereinten Nationen haben die Vereinbarung über Rechte von Menschen mit Behinderungen geschrieben. In schwerer Sprache heißt die Vereinbarung: Behinderten-Rechts-Konvention.

Die Vereinbarung schützt die Rechte von allen Menschen mit Behinderungen. Die Länder müssen dafür sorgen, dass die Menschen mit Behinderungen ihre Rechte bekommen. Auch Deutschland muss sich seit 2009 an die Regeln halten. In Deutschland müssen noch viele Dinge anders werden. Damit Menschen mit Behinderungen überall teilnehmen können.

Leichte Sprache hilft vielen Menschen, z.B.

- *Menschen mit Lern-Schwierigkeiten*
- *Menschen, die nicht so gut lesen können*
- *Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen*

*Quelle: Leichte Sprache – Ein Ratgeber
Herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales*

Im Rahmen der **Sanierung der öffentlichen Wasserversorgung** werden die Wasserkammern des Saugbehälters im Wasserwerk ausgekleidet. Dabei gibt es unterschiedliche Auskleidungsvarianten, Edelstahl oder Polyethylen (PE). Polyethylen ist kostengünstiger, Edelstahl zwar teurer, aber länger haltbar und in der Reinigung einfach zu handhaben.

Als Diätassistentin und Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen habe ich mich aus umwelt- und gesundheitlichen Aspekten gegen das PE entschieden.

Als Langenreicher Bürgerin liegt mir die **geplante Dorferneuerung** sehr am Herzen.

So war ich auch bei dem Planungsworkshop dabei, der gemeinsam mit dem Amt für Ländliche Entwicklung stattfand.



Der Klimawandel macht auch vor Langenreichen nicht halt. Die großen Wassermassen des letzten Gewitters spülten Unmengen an Lehm von den

angrenzenden Äckern ins Dorf und richteten bei den Anwohnern große Schäden an. Das Problem ist darauf zurückzuführen, dass es immer weniger Wiesen gibt. Mit Greening könnte die Situation verbessert werden. Außerdem würde die Kanalreinigung durch die Gemeinde wegfallen, was nicht gerade billig ist.

Die Artenvielfalt auf unseren Wiesen und Wegrändern geht zurück. Viele Insekten und andere Tierarten leiden unter der Abnahme eines ausreichenden Nahrungsangebotes.

Somit liefern blühende Wiesen und Säume auch einen Beitrag zum Naturschutz.

Deshalb setze ich mich für die **Begrünung von Verkehrsinseln** mit Wiesenblumen ein.

Meine Arbeit im Kreistag:

Im Kreistag gehöre ich dem Beirat für Soziales und Seniorenfragen an. Der Beirat für Soziales und Seniorenfragen hat die Aufgabe die Arbeit des Kreistags, seiner Ausschüsse und der Verwaltung mit den Anliegen der älteren Generation, von Menschen mit Behinderung und von Menschen mit besonderem Hilfebedarf zu vernetzen. Er bietet eine Plattform zur fachlichen Diskussion und Meinungsbildung im Vorfeld politischer Entscheidungen und wendet sich mit seinen Beschlussempfehlungen direkt an den Kreistag. Wichtiges Thema war neben dem **Kommunalen Aktionsplan** Inklusion auch die Integration der Flüchtlinge.

Außerdem bin ich Mitglied in der Sozialkonferenz im Landkreis Augsburg. Die Sozialkonferenz ist der Zusammenschluss von gemeinnützigen und gewerblichen Trägern sozialer Einrichtungen, Fachbereichen und Organisationen.

Bsp. für wichtige TOP`s:

- Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus im Landkreis Augsburg
- Erfahrungen aus dem Modellprojekt "early Intervention" für Asylbewerber der Agentur für Arbeit

Vor Kurzem bin ich in den Vorstand der Volkshochschule Augsburg-Land gewählt worden. Da 50% der angebotenen Kurse unter Gesundheit und Ernährung fallen, kann ich mich sicher gut einbringen.

Meine Rezeptempfehlung:

Aromawunder Rosenzucker

Zutaten:

2 gehäufte EL getrocknete
Rosenblütenblätter
150 g Zucker
1 Pck. Bourbon Vanille-Zucker

Zubereiten:

Rosenblütenblätter zerbröseln, mit Zucker und Vanille-Zucker mischen. Zucker in ein Einmachglas oder Glas mit Schraubverschluss geben und einige Tage durchziehen lassen.

Tipp:

Rosenzucker eignet sich zum Verfeinern von Sahne, Cremes und Obstsalat oder zum Bestreuen von Waffeln, Pfannkuchen oder Cupcakes

Gründung Ortsverband Meitingen

von Roland Brief

Ein Jahr nach der erfolgreichen Kommunalwahl ist am 17. März 2015 der Ortsverband Meitingen von Bündnis 90/Die Grünen gegründet worden. Annemarie Probst, Gemeinde- und Kreisrätin von Bündnis 90/Die Grünen, wurde zur Sprecherin des Ortsverbandes, Günther Baumann und Roland Brief als Stellvertreter gewählt. „Mit dem Ortsverband schaffen wir eine Basis um die bereits erfolgreiche Arbeit auszubauen“, so Annemarie Probst. So konnte im Gemeinderat der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, zur Gründung eines Behindertenbeirates erfolgreich eingebracht werden. Nun geht es an die Umsetzung.

Als weiteres Projekt gab es am 25. April eine Informationsveranstaltung mit Uwe Kekeritz, MdB, Bündnis 90/Die Grünen zum Freihandelsabkommen (TTIP, TISA) geben.

<http://gruene-meitingen.de>

Kontakt: annemarie.probst@arcor.de



Auf dem Foto: Roland Brief, Annemarie Probst, Uwe Kekeritz und Günther Baumann

TTIP ist viel mehr als ein Handelsvertrag Öffentliche Daseinsvorsorge in Gefahr

Am Samstag, den 25.04.2015 begrüßte Annemarie Probst vom Ortsverband der Grünen in Meitingen Uwe Kekeritz, Mitglied des Bundestages als Referent, der in seinem Vortrag über die möglichen kommunalen Auswirkungen des Handelsvertrages zwischen den USA, Kanada und Europa informierte. Die zentrale These des Vortrages lautet: Die Verträge beschäftigen sich nur am Rande mit Handelsfragen. Vielmehr geht es um eine Umgestaltung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und die Ausweitung der Einflussnahme der großen Konzerne auf die zukünftige gesetzliche Festlegung von Standards. Das Credo des Abgeordneten lautet immer wieder: TTIP und Co. sind weit mehr als Handelsverträge. Das Ziel ist die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu gehören auch alle Bereiche der kommunalen Selbstverwaltung wie Wasser und Abwasser, Strom und Müll. Aber auch

der Bildungsbereich, die Sparkassen, Sportstätten oder die kommunalen Krankenhäuser möchten gerne von Investoren übernommen werden. Das ist aus deren Sicht verständlich, denn dahinter steckt ein immer vorhandener Milliarden-schwerer Markt mit den entsprechenden Gewinnaussichten in Milliardenhöhe.

Der Abgeordnete Kekeritz wundert sich über diese geheimen Verhandlungen, denn die Kommunale Selbstverwaltung wird sowohl durch das Grundgesetz als auch die Bayerische Verfassung garantiert und geschützt. Änderung oder Anpassungen müssen deshalb zwingend mit den Kommunalen Verbänden öffentlich in einem transparenten Verfahren erfolgen. Diese Verhandlungen werden aber von Merkel und Gabriel gedeckt, die damit unser Rechtssystem in Frage stellen.

Geheime Verhandlungen über das Thema der Kommunalen Selbstverwaltung von Leuten, die keine Legitimation dafür besitzen, kann nicht akzeptiert werden. Aus diesem Grund ist es die Pflicht von Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten diese Provokation aufzunehmen und in den Stadt-, Gemeinde- und Kreistags-Sitzungen zu diskutieren. Ihre Botschaft kann nur die Verteidigung ihres eigenen Wirkungskreises sein. Verantwortungsbewusste Räte und Rätinnen müssen ihre Botschaft in Form von Protestschreiben, Resolutionen oder Appellen an die Landes- und Bundesregierung weiterleiten.

Kekeritz führte an, dass dieses Thema eigentlich gerade für die gewählten Mandatsträger von größter Relevanz sei und kein Rat, kein Bürgermeister oder Landrat das Recht hätte sich nicht umfangreich und aus vielen Quellen zu informieren. Daran änderte auch die Rechtsmeinung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages nichts, der eben nur eine unter vielen Rechtsmeinungen darstellen würde. Eine Verbindlichkeit für das Verhalten von Ratsversammlungen kann daraus auf alle Fälle nicht geschlossen werden.

Auch heute schon werden bei neuen Gesetzen oder Gesetzesänderungen die Interessensverbände intensiv eingebunden. Das sei richtig, denn die Interessen der Verbände müssen soweit

wie im gesamt gesellschaftlichen Kontext sinnvoll, berücksichtigt werden. Die Planungen der Verträge sehen aber eine eindeutige Stärkung des Einflusses der Konzerne vor. Geplante neue Gesetze oder Änderungen sollten im Vorfeld mit den Konzernen verpflichtend abgesprochen werden. Diese verlangen gesetzlich garantierte Mitbestimmungsrechte. Die Vorschläge dazu reichen vom Vetorecht, das sicherlich nicht komme werde, bis zum Entschädigungsanspruch. Dies würde eine Änderung unseres Rechtssystems bedeuten. Kein Verband könne verbindliche Mitentscheidungsrechte bei der Gesetzgebung erhalten. Die hier diskutierten Bereiche hätten auch nichts mit Handelsfragen zu tun.

Da es sich um völkerrechtlich verbindliche Verträge handelt, könnten gegebene Standards zukünftig nicht mehr vom deutschen Gesetzgeber unabhängig verändert werden. Die Erneuerungen müssten von der EU abgesegnet und den US-amerikanischen Partnern letztlich zur Genehmigung vorgelegt werden, denn Völkerrecht steht immer über nationalem Recht. Kekeritz ist davon überzeugt, dass dies die Menschen in Deutschland nicht möchten und er bezweifelt auch, dass die Kanzlerin die Tragweite dieses Vertrages auch nur annähernd erfasst hat, sie weiß schlicht nicht worum es geht. Kekeritz wirft Minister Gabriel vor, demokratische Errungenschaften der letzten 150 Jahre, an denen die SPD zentral beteiligt war, leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Nicht nur mit seinem Vortrag bereicherte Uwe Kekeritz, MdB, den Ortsvorstand Meitingen von Bündnis 90/Die Grünen, sondern auch durch seinen Besuch mit anschließendem Gruppenfoto.

Kontakt:

e-mail: annemarie.probst@arcor.de
<http://gruene-meitingen.de/startseite/>

V.i.S.d.P.:
Annemarie Probst,
86405 Meitingen/Langenreichen,
Wertinger Str. 45,